

Stadt Hildburghausen



NIEDERSCHRIFT

über die
27. Sitzung des Stadtrates
vom
02.11.2011

- öffentlicher Teil -

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21.00 Uhr

Ort: Sitzungssaal, Clara-Zetkin-Str. 3, 98646 Hildburghausen

- | | | |
|--------------------------|-----------------------|--|
| • Placht, Michael | Ortsteilbürgermeister | anwesend
nur im öffentlichen Teil |
| • Schilling, Fritz-Georg | Ortsteilbürgermeister | anwesend
nur im öffentlichen Teil
anwesend |

Schriftführer/in

- Haschlar, Karin

von der Verwaltung

- | | | |
|------------------------|-------------------------------|---|
| • Carl-Schumann, Lissy | Kämmerin | vertritt Stadtbaumeister O. Schulz, nur im öffentlichen Teil anwesend |
| • Halbig, Dagmar | | |
| • Heß, Kerstin | Leiter Büro 02 | im nö. Teil nicht mehr anwesend |
| • Hoffmann, Bernd | städt. Revierförster | im nö. Teil nicht mehr anwesend |
| • König, Dietmar | Leiter Ordnungsamt | nur im öffentlichen Teil anwesend |
| • Paul, Bernhard | Bauhofleiter | |
| • Schwarz, Wolfgang | Leiter Büro 01 | |
| • Stange, Margitta | Leiterin Kultur- u. Sozialamt | nicht anwesend |

Gäste

- | | | |
|---------------------------|-----------------------------|---------------------------------|
| • Herr Klering | GF Wohnungsgesellschaft mbH | im nö. Teil nicht mehr anwesend |
| • Frau Nagel, Freies Wort | | im nö. Teil nicht mehr anwesend |

Abwesende und entschuldigte Personen:

Stadtratsmitglieder CDU

- | | | |
|-----------------|------------|--------------|
| • Zuber, Susann | Stadträtin | entschuldigt |
|-----------------|------------|--------------|

Ortsteilbürgermeister

- | | | |
|--------------|-----------------------|----------------|
| • Koch, Bodo | Ortsteilbürgermeister | unentschuldigt |
|--------------|-----------------------|----------------|

von der Verwaltung

- | | | |
|----------------|------------|--------------------------------|
| • Schulz, Olaf | Amtsleiter | wird von Frau Halbig vertreten |
|----------------|------------|--------------------------------|

TAGESORDNUNG

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 26. Sitzung des Stadtrates vom 21.09.2011 - öffentlicher Teil
4. Öffentliche Fragestunde für Bürger der Stadt
5. Verpflichtung von Stadtratsmitglied André Hanuschek gem. § 24 Abs. 2 ThürKO
6. Informationen durch den Bürgermeister - Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters
7. Wahl des 1. Beigeordneten
8. **240/2011**
Waldwirtschaftsplan des Hildburghäuser Stadtwaldes für das Haushaltsjahr 2012
9. **239/2011**
Einleitungsbeschluss zur 13. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes der Stadt Hildburghausen in der Gemarkung Pfersdorf für das Gebiet nordöstlicher Ortseingang
10. **243/2011**
13. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes im Bereich nordöstlicher Ortseingang Pfersdorf, Billigungs- und Auslegungsbeschluss
11. **245/2011**
Einleitungsbeschluss zum Bebauungsplan für das Mischgebiet am nordöstlichen Ortseingang des OT Pfersdorf
12. **246/2011**
Aufstellungsbeschluss für eine Ergänzungssatzung für den Bereich östlich der Straße "Am Kreuz" in der Gemarkung Pfersdorf
13. **248/2011**
Jahresantrag 2012 im Thür. Landesprogramm "Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen- Förderinitiative Kirchen" als Bestandteil der Gesamtstädtebauförderung
14. **251/2011**
Entwurf des Landesentwicklungsprogrammes 2025 (LEP 2025) Stellungnahme der Stadt Hildburghausen

- 15. 261/2011**
Rückzahlung der Fördermittel für die Baumaßnahme - Umbau Pfersdorfer Kulturhaus in ein Dorfgemeinschaftshaus
- 16. 262/2011**
Teilaufhebung des Beschlusses Nr. 148/2011 v. 29.06.2011
- 17. 252/2011**
Außerplanmäßige Ausgabe in der HH- Stelle 6140-93200- Umlegungs- und Grenzregelungsverfahren
- 18. 256/2011**
Außerplanmäßige Ausgabe in der Haushaltstelle 6800-94000; Herstellung Parkplatz "An der alten Molkerei"
- 19. 255/2011**
Änderung der namentlichen Besetzung des Haupt- und Finanzausschusses, des Stadtplanungs- u. Bauausschusses sowie des Kultur- u. Sozialausschusses
- 20. 263/2011**
Maßnahmen zur weiteren Eingliederung von Menschen mit Einschränkungen oder Assistenzbedarf in das öffentliche Leben der Stadt Hildburghausen
- 21.** Anfragen und Mitteilungen von Stadträten und Ortsteilbürgermeistern

PROTOKOLL

- Öffentlicher Teil -

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister Herr Harzer eröffnet die 27. Sitzung des Stadtrates und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt den rechtzeitigen Zugang der Einladung fest.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, von 25 Mitgliedern sind 23 Mitglieder anwesend zuzgl. Herr André Hanuschek, der zum TOP. 5. als Stadratsmitglied verpflichtet wird.

TOP 2

Anträge zur Tagesordnung

Stadträtin Dr. Laube erwähnt, dass der Bürgermeister zum Hauptausschuss angekündigt hätte, den Entwurf der Satzung vorzulegen, der ihr fehlt. Außerdem fehlt ihr die NS vom 29.06.2011 und 21.09.2011. Sie teilt mit, dass sie seit Februar keine Unterlagen bekommen hat und für diese Sitzung auch nicht.

Zu den Unterlagen kann der Bürgermeister nur sagen, dass Frau Dr. Laube den Zugang zum Ratsinformationssystem der Stadt hat. Es wurde ihr mehrfach angeboten, sich mit Herrn Ullrich in Verbindung zu setzen, der Hilfestellung leistet. Dieses Angebot hat sie bisher nicht wahrgenommen.

Alles Weitere kann nicht außerhalb der GO geregelt werden. Die schriftliche Einladung hat sie erhalten. Damit ist der Gesetzeslage genüge getan.

TOP 3

Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates - öffentlicher Teil

Die Bestätigung der NS vom 21.09.2011 wird auf die kommende StRS verschoben, da angeblich die NS im Programm nicht zur Verfügung stehen würde.

TOP 4

Öffentliche Fragestunde für Bürger der Stadt

Es werden keine Fragen von Bürgern gestellt.

TOP 5

Verpflichtung von Stadratsmitglied André Hanuschek gem. § 24 Abs. 2 ThürKO

Herr André Hanuschek wird per Handschlag durch den Bürgermeister gem. § 24 Abs. 2 ThürKO verpflichtet.

Es wird folgende Verpflichtung abverlangt: „Ich gelobe: Ich werde meine Pflichten als Stadtratsmitglied gewissenhaft erfüllen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaates Thüringen sowie die Gesetze wahren.“

Ab jetzt sind 24 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 6

Informationen durch den Bürgermeister - Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister geht auf den Presseartikel im FW zum Buswartehäuschen ein. Hier ist ein Korrekturbedarf erforderlich. Es wurde behauptet, die Stadt hätte Fördermittel verschenkt, da sie das Buswartehäuschen nicht zur Förderung angemeldet hat, das bis zum 30.09.2011 noch möglich war. Bei Anmeldung zur Förderung bis 30.09.2011 hätte das Buswartehäuschen erst im Jahre 2012 aufgestellt werden können. Zudem würde die Maßnahme lt. Richtlinie zur Förderung von Investitionen im öffentlichen Personennahverkehr in Thüringen nur bei einer Summe über 5000 € netto gefördert werden. In der BA-Sitzung im September hat der Bauamtsleiter Herr Schulz auf eventuelle Fördermöglichkeiten hingewiesen. Hier gab es von den Eltern Protest, da das Vorhaben noch in diesem Jahr realisiert werden sollte.

Die Behauptung von Frau Schöffler, die Stadt hätte Fördermittel verschenkt, entspricht nicht der Wahrheit. Die Verwaltung hat zudem in der Stadtratssitzung auf die fehlenden und nicht eingestellten Eigenmittel im Haushalt hingewiesen, da bei der Antragstellung auf Förderung eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht erforderlich ist. Diese Stellungnahme wird nur erteilt, wenn der Eigenanteil im Haushalt berücksichtigt ist.

Tätigkeitsbericht:

- Das Theresienfest hat stattgefunden. Mit dem neuen Festwirt Sven Kiel sind wir auf dem richtigen Weg. Der Schausteller Michael Brumbach hat bereits erste Verträge für das kommende Theresienfest mit Schaustellern unterzeichnet.
- Zum Theresienfest war die ungarische Delegation aus der Partnerstadt Kisvarda zu Gast. Das erste Projekt im kommenden Jahr soll sein, Kinder und Jugendliche zu einem Ferienaufenthalt in Ungarn zu bringen. Dazu sind Absprachen vor Ort zu Beginn des kommenden Jahres zu treffen. Weiterhin wird im Januar bekannt, ob das Treffen der Partnerstädte von der EO gefördert wird, das August kommenden Jahres in Kisvarda stattfinden soll.
- Hauptversammlung der KEBT AG in Thüringen,
- Tagung des Kommunalbeirats der E.ON Thüringen,
- Fahrzeugübergabe an die Freiwilligen Feuerwehr Weitersroda
- Zur Gerichtsverhandlung mit der DB bezüglich des Bahnübergangs Häselrieth ist noch keine Entscheidung gefallen.
- Zur Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen gab es einen Beschluss, am 08.11.2011 einen Protesttag durchzuführen, die städtischen Einrichtungen zu schließen, bis auf Kindertagesstätten. Die Stadt wird sich an diesem Tag beteiligen und alle Einrichtungen, die in städtischer Trägerschaft sind, schließen.
- Am 10.11.2011 ist die Anhörung im Thür. Landtag, mit 4 Mitarbeitern wird der Bürgermeister der Anhörung beiwohnen. Von den Fraktionen wird StR Günther mitfahren. Seitens des Gemeinde- und Städtebundes wird darauf hingewiesen, dass möglichst viele Bürger den Protest zur Kürzung der Kommunalfinanzen zum Ausdruck bringen.

- Beratung mit Amtstierarzt bezüglich des Tierheimes, es gibt nur wenige Rückmeldungen von Kommunen des Landkreises zur finanziellen Beteiligung am Tierheim, was die Errichtung des Tierheimes weit nach hinten schiebt.
- Tagung des Vorstandes des Kommunalen Arbeitgeberverbandes;
- Beratung mit Bürgermeister von Veilsdorf zum Speicher Rottenbach, der abgelassen wurde. Es gibt ein Sanierungsgutachten der TLUG mit einem Kostenumfang von ca. 200 T€. Es geht darum, den Grunderwerb durchzuführen. Die Stadt besitzt dort eine kleine Fläche, sie hat jedoch kein Interesse, das Grundstück zu erwerben und die Gem. Veilsdorf soll als Erwerber eintreten.
- Tagung des Werksausschusses des WAVH
- Zum Hubboden im Schwimmbecken des Werra Sport- und Freizeitbades wird mit der Herstellerfirma eine neue Software zur dauerhaften Funktion eingesetzt.
- Im Stadtteil Wallrabs wurde die Planung zur Dorferneuerung vorgestellt. Es gab nicht allzu viel Interesse der Bürger.
- Heute wird um 21.15 Uhr im mdr-Fernsehen ein Bericht zum komm. Finanzausgleich und eventueller Auswirkungen auf die Stadt in der nächsten Zeit gesendet.
- Diskussion zum LEP 2025 mit den Bürgermeistern von Sonneberg, Eisfeld, Themar und Meiningen. Im jetzigen Entwurf des LEP sind Entwicklungskorridore festgelegt, die von der Regionalen Planungsgemeinschaft abgelehnt werden. Die 5 Städte wollen im LEP eine Wirtschaftsregion bilden und die Wirtschaftsregion Südthüringen – Unterfranken darstellen, um gewisse Entwicklungsbereiche als Ziel festzuschreiben. Aus diesem Grund wurde die Anlage zur Vorlage-Nr. 251/2011 ergänzt und heute den Stadträten noch mal vorgelegt.
- Beginn der Bauarbeiten (Erdarbeiten, archäologische Untersuchungen) am Bach-Platz.

TOP 7

Wahl des 1. Beigeordneten

Zur Wahl des 1. Beigeordneten wird eine Wahlkommission gebildet, in die Stadtrat M. Günther, StR Czapla und StR Hartmann berufen werden.

Herr Schwarz wird die Wahl leiten.

Über die Berufung der Wahlkommission wird

wie folgt abgestimmt: 23 dafür, 1 Enthaltung

Für die Wahl des 1. Beigeordneten werden folgende Vorschläge unterbreitet:

Stadträtin Wütscher, CDU: Holger Obst

Sie begründet den Vorschlag dahingehend, dass er als 2. Beigeordneter bereits Erfahrungen für dieses Amt sammeln konnte.

Stadtrat Czapla, Freie Wähler: Norbert Weichler

Begründung: Seit der Eingemeindung ist Herr Weichler Ortsteilbürgermeister von Ebenhards und hat auch in der letzten Legislaturperiode bereits 5 Jahre als 2. Beigeordneter fungiert.

Der vorbereitete Wahlzettel wird durch den Vorschlag der Freien Wähler mit Norbert Weichler ergänzt und für den Wahlvorgang vorbereitet.

Nach Erstellung der Wahlzettel wird die Wahlhandlung durchgeführt.

Nach Abschluss des Wahlganges zur Wahl des 1. Beigeordneten wird die Auszählung vorgenommen und das Ergebnis durch den Bürgermeister bekannt gegeben.

Zahl der Stimmabgaben: 24

davon gültig: 24

ungültig: 0

Von den gültig abgegebenen Stimmen entfielen auf Holger Obst 14 Stimmen
auf Norbert Weichler 10 Stimmen.

Somit ist Herr Holger Obst als 1. Beigeordneter gewählt.

Herr Obst tritt damit als 2. Beigeordneter zurück und nimmt die Wahl als 1. Beigeordneten an.

Stadtrat Günther erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE den Vorschlag Holger Obst als 1. Beig. von Anfang an mitgetragen haben und beglückwünscht Herrn Obst zur Wahl.

Stadträtin Wütscher gratuliert ihrem Fraktionskollegen zum erfolgreichen Wahlergebnis und wünscht für die Zukunft alles Gute.

TOP 8

240/2011

Waldwirtschaftsplan des Hildburghäuser Stadtwaldes für das Haushaltsjahr 2012

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurde der Waldwirtschaftsplan durch Herrn Hoffmann ausführlich vorgestellt.

Stadtrat Dr. Nowak betont, dass der Waldwirtschaftsplan wie jedes Jahr übersichtlich, fachlich fundiert und allgemeinverständlich nachvollziehbar ist. Er weist darauf hin, dass unsere Bevölkerung auch wissen sollte, was die Stadt für einen Schatz mit dem zweitgrößten Kommunalwald in Thüringen besitzt. Mit diesem Bewusstsein lässt sich der Wald auch besser schützen und auch besser erleben. In der jetzt angespannten Haushaltssituation sollten niemals Waldgrundstücke privatisiert werden.

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt den in Anlage beiliegenden Waldwirtschaftsplan des Hildburghäuser Stadtwaldes für das Haushaltsjahr 2012.

mehrheitlich angenommen Ja: 22 Nein: 1 Enthaltungen: 1

TOP 9

239/2011

Einleitungsbeschluss zur 13. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes der Stadt Hildburghausen in der Gemarkung Pfersdorf für das Gebiet nordöstlicher Ortseingang

Die anschließenden Vorlagen Nr. 245/2011 und 246/2011 stehen im Zusammenhang mit dieser Vorlage.

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der fortgeltende Flächennutzungsplan der Stadt Hildburghausen wird gemäß § 1 Abs. 8 BauGB (in der derzeit gültigen Fassung) in Bezug auf folgende Punkte im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB geändert.

13. Änderung: Umwidmung von Wohnbaufläche in gemischte Baufläche
 Von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 BauGB wird abgesehen.
 Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen
 Träger öffentlicher Belange darauf hingewiesen, dass von einer Umweltprüfung abgesehen
 wird.

Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	24
Ja-Stimmen: 22	Nein-Stimmen: 0	Stimmenthaltungen:	2

Auf Grund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt:
 keine

TOP 10

243/2011

13. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes im Bereich nordöstlicher Ortseingang Pfersdorf, Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf der 13. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes für den Bereich nordöstlicher Ortseingang des Ortsteiles Pfersdorf, Umwidmung einer Wohnbaufläche in gemischte Baufläche und die Begründung dazu werden in der vorliegenden Fassung vom September 2011 gebilligt.
 Die 13. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt. Von einer Umweltprüfung wird abgesehen (§ 13 Abs. 3 BauGB).
2. Der Entwurf der 13. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes und der entsprechenden Begründung wird gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.
 Die beteiligten Behörden und Träger öffentlicher Belange werden von der Auslegung benachrichtigt.
3. Gleichzeitig werden die Träger öffentlicher Belange zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert (§ 13 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 4a BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	24
Ja-Stimmen: 22	Nein-Stimmen: 0	Stimmenthaltungen:	2

TOP 11

245/2011

Einleitungsbeschluss zum Bebauungsplan für das Mischgebiet am nordöstlichen Ortseingang des OT Pfersdorf

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt die Einleitung des Verfahrens für die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Mischgebiet am nordöstlichen Ortseingang des OT Pfersdorf gem. § 10 BauGB. Der Geltungsbereich erstreckt sich über die Grundstücke, die durch die Wegeparzellen Fl.-Nr.: 984/1, 989 (landwirtschaftlicher Weg) und die gemäß dem Flurbereinigungsplan neu angelegten Wegeparzellen (geplante Erschließungsstraße) begrenzt werden.

Die Planung wird auf der Grundlage eines städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 1 BauGB erstellt.

Als wesentliche Planungsziele werden angestrebt:

- Schaffung der planungsrechtlichen Grundlage für die Nutzung der Grundstücke als Mischgebiet
- planungsrechtliche Festsetzungen zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung
- Planung der erforderlichen verkehrstechnischen und medientechnischen Erschließung des Gebietes
- Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 i.V.m. § 1a BauGB

Gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern.

Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

mehrheitlich angenommen

Ja: 22 Enthaltungen: 2

TOP 12**246/2011**

Aufstellungsbeschluss für eine Ergänzungssatzung für den Bereich östlich der Straße "Am Kreuz" in der Gemarkung Pfersdorf

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

1. Für die Einbeziehung der Grundstücke Fl.-Nr.: 986/9, 987/6, 987/7, 987/8, 987/9 der Gemarkung Pfersdorf in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil soll eine Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB aufgestellt werden.

Es wird folgendes grundsätzliches Planungsziel angestrebt:

- Schaffung der planungsrechtlichen Grundlage für die Errichtung von Garagen und Carports gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO, die der Hauptnutzung der vorgelagerten Wohngrundstücke dienen
2. Das Verfahren zur Aufstellung der Ergänzungssatzung wird gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB im vereinfachten Verfahren durchgeführt.
Von einer Umweltprüfung wird abgesehen.
 3. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§2 Abs. 1, Satz 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	24
Ja-Stimmen:	22	Nein-Stimmen:	0
		Stimmenthaltungen:	2

Auf Grund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt: keine

TOP 13

248/2011

Jahresantrag 2012 im Thür. Landesprogramm "Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen- Förderinitiative Kirchen" als Bestandteil der Gesamtstädtebauförderung

Bei diesem Antrag geht es um die Kirche in Pfersdorf. Diese Maßnahme ist mit dem Kreiskirchenamt in Meiningen abgestimmt.

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt den Jahresantrag 2012 im Thür. Landesprogramm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen - Förderinitiative Kirchen“ in Höhe von 77.086,00 € inkl. 25.690,00 € Stadtanteil. Dieser Antrag ist Bestandteil der Gesamtmaßnahme Städtebauförderung in Höhe von nunmehr 1.818.090,00 € inkl. 449.210,00 € Stadtanteil. Einschließlich der erforderlichen Vorfinanzierung aufgrund der prozentualen Auszahlungen von Fördermitteln entsprechend LHO erfordert dies eine Gesamtplanungsgröße von 1.749.580,00 € im HH- Plan 2012 als Stadtanteil.

mehrheitlich angenommen

Ja: 23 Enthaltungen: 1

TOP 14

251/2011

Entwurf des Landesentwicklungsprogrammes 2025 (LEP 2025) Stellungnahme der Stadt Hildburghausen

Die bereits erwähnte Änderung ist auf S. 2 im Pkt 6.2.3. Z – „Mittelzentraler Funktionsraum „Südthüringer – Oberfränkischer Wirtschaftsraum“ Themenkarte 2: Raumstrukturgruppen und –typen“ eingefügt. Dieser Punkt wurde mit den betreffenden Bürgermeistern abgestimmt. Es wird auch noch ein gemeinsames Papier der Bürgermeister erarbeitet und an die Regionale Raumordnungsplanung gesendet.

Stadträtin Dr. Laube möchte den Stadträten noch mal mitteilen, dass es seit November 2008 ein alternatives Konzept gibt, was die Bürger zusammen erarbeitet haben. Dies wurde den Stadträten allen vorgestellt. Dabei geht es statt dieser Umgehung der B 89 um eine Direktanbindung von Hildburghausen an die A 73.

Stadtrat Kummer stellt einen Änderungsantrag.

Im Pkt. 4.4.4. Z steht, dass der internationale Verkehrsflughafen Erfurt – Weimar unbedingt erforderlich wäre für die Stadt Hibu. Bei dem im Moment mangelhaften Angebot am Flughafen Erfurt ist die Ausrichtung unserer Bevölkerung mehr in Richtung Flughafen Nürnberg zu sehen.

Als Stadt beklagen wir immer wieder die fehlenden Zuführungen an Mitteln durch den Freistaat Thüringen an die Kommunen. Die Aufrechterhaltung des Flugbetriebes in Erfurt ist in den letzten Jahren mit vielen Millionen gefördert worden, ohne das ein wirtschaftlich selbständiger Flughafen entstehen konnte.

Aus diesen Gründen würde er diesen Punkt streichen wollen.

Weiterhin regt er an, da der LEP lt. Aussagen des Verkehrsministers ein Verbot der Windkraftnutzung im Wald beinhaltet, dass geprüft werden sollte, ob es Waldgebiete gibt, die sich zur Windkraftnutzung eignen. Wir haben breite Waldwirtschaftswege, die geeignet wären, die entsprechenden Teile dort hin zu transportieren. Vielleicht gibt es auch Stellen im Wald, die sich für die Windkraftnutzung eignen würden, die nicht in Gebieten liegen, die besondere touristische oder landwirtschaftliche Bedeutung haben.

Aus diesem Grund regt er an, das generelle Verbot der Windkraftnutzung im Wald fallen zu lassen und statt dessen zu prüfen, ob es geeignete Gebiete gibt.

Abstimmung über Streichung des Pkt. 4.4.4. Z: 12 dafür, 4 dagegen, 8 Enthaltungen
Somit ist der Punkt gestrichen.

Abstimmung über Ergänzung des Punktes:

„Im Zuge des Klimawandels und der Verbesserung der Versorgung mit erneuerbaren Energien ist die Windhöffigkeit in Waldgebieten im Freistaat Thüringen zu prüfen.“ (Zusammenfassung durch Bürgermeister):

16 dafür, 4 dagegen, 4 Enthaltungen

Auf die Frage von **Stadträtin Wütscher**, ob der Revierförster Bernd Hoffmann dazu eine Aussage treffen kann, wird durch ihn geäußert, dass er nicht ausreichend informiert ist, um hier ein Statement abzugeben.

Stadtrat Kummer ergänzt, dass der Freistaat Bayern ein neues Windnutzungskonzept erarbeitet. Der Bayernforst als Landesforstbetrieb hat schon einige Gebiete zur Windkraftnutzung im Landeswald ausgewiesen, ebenso in Niedersachsen. Von der Warte her könnte man dies für Thüringen nicht ausschließen, wo es sich anbietet.

Stadtrat Bumann bezieht sich auf den Pkt. 4.4.1.3., den Personennahverkehr. In unserer Stellungnahme sollten Punkte aufgenommen werden, die auch realistisch sind. Er favorisiert die Herstellung einer Bahnverbindung von Südthüringen nach Bayern, allerdings sieht er große Probleme, wenn diese Verbindung über Bad Rodach erfolgen soll. Pro Bahn lehnt diese Trasse ebenfalls ab, weil sie nicht realistisch ist. Die Bahnanbindung könnte nur über Birkenfeld oder Leimrieth erfolgen. Dies könnte den Birkenfeldern nicht zugemutet werden. Er schlägt deshalb vor, die Bahnverbindung zwischen Hildburghausen und Coburg herzustellen und den Pkt. Bad Rodach zu streichen.

Es gab vor 3 Jahren im Stadtrat einen Beschluss, der dies fordert, so der Bürgermeister. Deswegen ist dieser Punkt mit aufgenommen worden. Dies ist eine Anregung zur Korridorfreihaltung. Wenn die Eisfelder diese Anregung in ihrer Stellungnahme aufnehmen wollen, können sie es tun. Es wird eine Abwägung auf Landesebene stattfinden.

Unser Interesse ist die Anbindung von der Kreisstadt aus und nicht von Stadt Eisfeld.

Stadtrat Knittel äußert, diesen Punkt in der Stellungnahme zu belassen, zumal in der Stellungnahme steht, wenn sich dieses Projekt nicht realisieren lässt, eine andere Variante der Verbindung zwischen Bayern und Thüringen auch zu unterstützen.

Stadtrat Günther erinnert an die Aussage von Pro Bahn, die der Meinung waren, dass der Stadtrat Hibu. die Stadtbuslinie allein verhindert und der Kreis alles richtig gemacht hat. Was uns als Stadt betrifft ist wichtig, die nächste Verbindung nach Bad Rodach. Es gibt bereits eine Möglichkeit, über Sonneberg nach Coburg zu kommen, die natürlich nicht so attraktiv ist.

Abstimmung über Antrag von StR Bumann,
Bad Rodach zu streichen:

19 dafür, 2 dagegen, 3 Enth.

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Im Rahmen der Behördenbeteiligung nimmt die Stadt Hildburghausen zum Entwurf des LEP 2025 wie folgt Stellung.
s. Anlage

mehrheitlich angenommen Ja: 18 Nein: 2 Enthaltungen: 4

TOP 15.

261/2011

Rückzahlung der Fördermittel für die Baumaßnahme - Umbau Pfersdorfer Kulturhaus in ein Dorfgemeinschaftshaus

Nach Zurückziehen der Baumaßnahme am Kulturhaus Pfersdorf war klar, dass die bereitgestellten Fördermittel in Höhe von 24 600 € zurückzuzahlen sind. Die Mittel waren im HH-Plan 2010 eingestellt, jedoch ist der Bescheid erst vor 14 Tagen eingegangen. Aus diesem Grund sind die Kosten aus Mehrverkäufen zu decken.

Stadtrat Wiener möchte wissen, wie viel Mittel durch die Rücknahme der Baumaßnahme in den Sand gesetzt wurden.

Dies kann der Bürgermeister jetzt nicht beantworten. In der nächsten StR-Sitzung wird er darüber informieren.

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Pkt. 2 des Beschlusses Nr. 100/2010 vom 26.05.2010.

Gleichzeitig beschließt er die Rückzahlung der bisher erhaltenen Fördermittel i.H.v. 24.600,00 €.

Die außerplanmäßige Ausgabe erfolgt aus der HH-Stelle 6150.981028. Die Deckung wird aus der HH-Stelle 880000.340000 getätigt.

mehrheitlich angenommen Ja: 23 Enthaltungen: 1

TOP 16.

262/2011

Teilaufhebung des Beschlusses Nr. 148/2011 v. 29.06.2011

Durch den Bürgermeister wird erläutert, dass es hier um die Planungskosten Bach-Straße und Cl.-Zetkin-Straße geht, die zur Deckung zur Baumaßnahme Puschkin-Platz vorgesehen waren. Durch mehrere Verkäufe können die HH-Stellen für den Puschkinplatz wieder aktiviert und die Planung für die Bach-Straße und Cl.-Zetkin-Straße in Angriff genommen werden.

Auf die Frage von **Stadtrat Wiener**, ob die Verkäufe schon getätigt wurden, wird dies durch den Bürgermeister bejaht.

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt die Teilaufhebung des Beschlusses Nr. 148/2011 vom 29.06.2011 bezüglich der HH-Stellen 615000.940034 - Planung Bachstraße und 615000.940036 - Planung Clara-Zetkin-Str..

Die Deckung erfolgt nunmehr aus der HH-Stelle 8800.340000 – Erlöse aus Veräußerung von Grundstücken i.H.v. 43.400,00 €.

mehrheitlich angenommen Ja: 20 Enthaltungen: 4

TOP 17

252/2011

Außerplanmäßige Ausgabe in der HH- Stelle 6140-93200- Umlegungs- und Grenzregelungsverfahren

Stadträtin Lange fragt nach, warum diese Summe von 21 400 € zu zahlen ist, da das Gerichtsverfahren für die Stadt positiv ausgegangen ist.

Um das Gerichtsverfahren geht es hier nicht. Es geht darum, dass im Zuge des Umlegungs- und Grenzregelungsverfahrens Grundstücke verändert worden sind. Die Grundstücke, die die Stadt erhalten hat, muss sie auch bezahlen, gibt der Bürgermeister zur Kenntnis. Diese Kosten sind durch Mehreinnahmen gedeckt.

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Ausgabe in der HH- Stelle 614-932000 Umlegungs- und Grenzregelungsverfahren für das Verfahren „Schraube“ in Höhe von gesamt 21.400,00 €. Die Deckung erfolgt aus der HH- Stelle 6140-340000 - Einnahme Umlegungs- und Grenzregelungsverfahren.

mehrheitlich angenommen Ja: 23 Nein: 1

TOP 18

256/2011

Außerplanmäßige Ausgabe in der Haushaltstelle 6800-94000; Herstellung Parkplatz "An der alten Molkerei"

Stadtrat Czapla:

Seit mindestens ½ Jahr haben Stadträte nachgefragt, was der Parkplatz kostet. Die in der Beschlussvorlage angegebenen Kosten sind nur außerplanmäßige Ausgaben, der Bauhof wird

auch erwähnt. Er hätte erwartet, dass heute eine detaillierte Aufstellung vorgelegt wird, was der gesamte Parkplatz gekostet hat.

Die Bauhofleistungen sind in der Jahresrechnung – innere Verrechnung – ersichtlich, so der Bürgermeister.

Stadträtin Lange beantragt, dass die Zahlen detailliert im nächsten Rechnungsprüfungsausschuss im November vorgelegt werden.

Stadtrat Hanf möchte wissen, wenn der Pachtvertrag abgeschlossen ist, ob die Stadt wieder den Urzustand herstellen muss.

Der Bürgermeister betont, dass es einen Vertrag gibt. In der Vertragslaufzeit wird sich die Stadt bemühen, dieses Grundstück zu erwerben.

Stadtrat Gutberlet:

Der Bauhof hat große Arbeit hier geleistet. Im Moment gibt es Probleme mit der Finanzierung von Diesel. Ist damit gewährleistet, dass bis zum Jahresende dem Bauhof Diesel zur Verfügung gestellt werden kann oder ob es sinnvoll ist, eine gewisse Summe für außerplanmäßige Ausgabe zu beschließen, dass der Bauhof besser handlungsfähig ist.

Der Diesel ist gesichert durch Deckung aus anderen HH-Stellen, so der Bürgermeister. Unabhängig davon müssen wir weiter sparen. Es war in diesem Jahr bereits mehr Geld für Diesel eingeplant als in vergangenen Jahren. Durch die gestiegenen Dieselpreise sind deutlich mehr Kosten entstanden, als ursprünglich angenommen. Es muss weiterhin der Winterdienst abgesichert werden.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Ausgabe in der HHSt 6800-940000 Herstellung Parkplatz „An der alten Molkerei“ in Höhe von 24.000,- €.

Die Deckung erfolgt aus den HHSt.:	1300-940000	10.000,- €	(HA 84/2011)
	1300-940040	3.800,- €	
	6140-340000	10.200,- €	

mehrheitlich angenommen Ja: 16 Nein: 4 Enthaltungen: 4

TOP 19

255/2011

Änderung der namentlichen Besetzung des Haupt- und Finanzausschusses, des Stadtplanungs- u. Bauausschusses sowie des Kultur- u. Sozialausschusses

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt die Änderung der namentlichen Besetzung nachfolgender Ausschüsse:

Haupt- u. Finanzausschuss

Mitglied: Ralf Bumann

Stellvertreter: André Hanushek (bisher Siegfried Naujoks)

Stadtplanungs- u. Bauausschuss

Mitglied: Stefan Tief (HiBU)
 Stellvertreter: André Hanushek (bisher Siegfried Naujoks)

Kultur- u. Sozialausschuss

Mitglied: André Hanushek (bisher Siegfried Naujoks)
 Stellvertreter: Ralf Bumann

mehrheitlich angenommen Ja: 22 Enthaltungen: 2

**TOP 20
 263/2011**

Maßnahmen zur weiteren Eingliederung von Menschen mit Einschränkungen oder Assistenzbedarf in das öffentliche Leben der Stadt Hildburghausen

Stadträtin Wütscher als Einreicher der Vorlage gemeinsam mit der Fraktion Die Linke. appelliert an die übrigen Stadträte, dass der vorliegenden Beschlussvorlage zugestimmt wird. Es geht ihr darum, den Betroffenen die Alltagsbewältigung etwas zu erleichtern. Es ist schwierig, da wir z. Zt. mit verhältnismäßig wenig finanziellen Mitteln auskommen müssen. Aus diesem Grund könnte es erforderlich sein, dass sich die weiteren Fraktions-Vors., die sich daran beteiligen wollen, zusammensetzen und im Bauausschuss und im Kultur- und Sozialausschuss die Möglichkeit der Finanzierung finden. Die Aktualisierung des Behindertenführers muss neu gedruckt werden. Hier könnte es sich anbahnen, dass die Finanzierung gesichert ist.

Stadtrat Bumann war verwundert über die Vorlage in der Tagesordnung, da er davon ausgegangen ist, dass Ende November der Beschluss gefasst werden sollte. Im Hauptausschuss und im Bauausschuss war die Rede von einer gemeinsamen Vorlage. Die SPD-Fraktion hat auch noch 4 Punkte hinzuzufügen. Aufgrund dessen schlägt er vor, im Kultur- und Sozialausschuss noch mal darüber zu beraten und die Ergänzungen einzuarbeiten. Es gibt hier keinen Zeitdruck, so dass der Beratungsbedarf noch genutzt werden soll, um eine vollständige Vorlage im Stadtrat vorzulegen.

Die 4 Punkte als Ergänzung durch die SPD-Fraktion sind:

1. Überarbeitung des Stadtbodenkonzepts hinsichtlich der Verwendung von Natursteinpflaster
2. Überarbeitung des Behindertenführers und die damit verbundene Finanzierung durch die im Behindertenführer präsentierten Einrichtungen;
3. Präsentation des Behindertenführers im Internet
4. Erstellung eines Gesamtkonzeptes für eine behindertenfreundliche Stadt und daraus Entwicklung einer Prioritätenliste.

Das Problem ist, so der Bürgermeister, dass z. B. die Punkte 2 und 4 mit finanziellen Mitteln verbunden sind. Die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes kann die Verwaltung nicht realisieren, da es in der Verwaltung keine Fachleute gibt. Dies bedeutet einen externen Auftrag. Der Weg der kleinen Schritte ist der bessere, also das kurzfristig Mögliche für eine bessere Eingliederung der Menschen mit Einschränkungen ins öffentliche Leben der Stadt. Der Internethinweis wird berücksichtigt. Das Stadtbodenkonzept wurde erst vor 2 Jahren beschlossen unter Berücksichtigung der behindertengerechten Ausführung.

Stadtrat Gutberlet spricht die Gehwegsanierung allgemein in der Stadt an, die generell erforderlich ist, auch für Behinderte. Die Gehwege haben eine hohe Priorität. Seit Jahren wird darüber diskutiert, die Gehwegsanierung kontinuierlich abzarbeiten. Der Punkt 4. ist die Maßnahme, die finanzintensiv ist und dieser Punkt sollte nicht außer acht gelassen werden.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass im Forstweg in diesem Jahr der 1. BA in der Gehwegsanierung realisiert und z. Zt. in der Waldstraße ein weiterer Abschnitt in Angriff genommen wurde.

Stadtrat Czapla erinnert noch mal an die HA-Sitzung, wo man sich geeinigt hatte, eine gemeinsame Vorlage mit allen Fraktionen zu erstellen. Die Fraktion Freie Wähler hatte bereits Vorschläge im HA genannt. Deshalb war er verwundert, dass die CDU und Die Linke. die Vorlage erarbeitet haben. Dies darf jedoch nicht auf dem Rücken der Behinderten ausgetragen werden. Wichtig ist, dass etwas konkretes passiert. Er unterstützt ebenfalls die Erstellung einer Prioritätenliste. Diese könnten der Kultur- und Sozialausschuss und der Bauausschuss gemeinsam erarbeiten. Die Verwaltung muss dann prüfen, in welcher Höhe diese Maßnahmen kostenseitig hinterlegt werden können. Danach entscheidet der Stadtrat, was umgesetzt werden kann. Weiterhin schlägt er vor, Frau Tamara Koch als Ansprechpartner für Menschen mit einer Behinderung mehr bekannt zu machen.

Er unterstützt den Vorschlag von StR Bumann, die Vorlage in die genannten Ausschüsse zu verweisen und eine gemeinsame Vorlage zu erstellen.

Durch den Bürgermeister wird betont, dass Frau Koch andere Aufgaben zu erledigen hat. Sie ist für Kindertagesstätten verantwortlich und steht daher nicht als ständiger Ansprechpartner für die Behinderten zur Verfügung.

Was das Arbeitsvermögen der Stadtverwaltung betrifft, ist zu sagen, dass die Verwaltung 5 Planstellen abgebaut hat und weiterhin abgebaut wird. Dies geht zu Lasten der Arbeitskapazität und zu Lasten der Bürgerfreundlichkeit.

Stadtrat Obst zeigt sich verwundert über die Debatte. Die CDU-Fraktionsvorsitzende hat das Thema eingebracht und allen Fraktionen angeboten, sich dem Thema anzuschließen. Außer der Fraktion Die Linke gab es keine Meldungen. Es ist kein Problem, diese Vorlage in den entsprechenden Ausschüssen zu erweitern. Die Vorlage wird heute zur Abstimmung gestellt.

Stadtrat Günther bezieht sich auf die NS der Bauausschuss-Sitzung vom 05.10.2011. In diesem Gremium hat StR Wütscher das Thema zur Sprache gebracht. Daraufhin hat er vorgeschlagen, dieses Thema nicht erst in den KSA zu bringen, da dieser kein beschließender Ausschuss ist.

Es gab keine weitere Äußerung dazu und es wurde demnach Einverständnis signalisiert.

StR Bumann war im BA am 05.10.2011 anwesend und hat ausreichend Stellung genommen. Es musste leider bei der SPD in den letzten Monaten festgestellt werden, wenn große Sprechblasen, wie Gesamtkonzept usw. in den Raum gestellt werden, ob mit Vorlage oder nicht, ist dies am Ende irgendwo eingegangen. Er erinnert an die großangelegte Solarkommune Hildburghausen, wo Geld für externen Sachverstand ausgegeben wurde. Nach Vorliegen der Ergebnisse hat die SPD gesagt, an den Orten nicht. Er erinnert an das großangelegte Energiekonzept. Hier hat sich die SPD nicht mehr um die eigene Vorlage gekümmert.

Es sind auch jetzt bei dieser Vorlage einige konkrete Dinge machbar, wenn der politische Wille vorhanden ist.

StR G. Hanf stellt den Antrag auf Abbruch der Debatte:

Abstimmung über Antrag: 21 dafür, 2 dagegen, 1 Enthaltung

Über einen weiteren Antrag, die Vorlage im Kultur- und Sozialausschuss noch mal zu beraten, die Vorschläge zu sammeln und aufzulisten, wird wie folgt abgestimmt:

10 dafür, 13 dagegen, 1 Enthaltung

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt folgende Maßnahmen zur weiteren Eingliederung von Menschen mit Einschränkungen oder Assistenzbedarf in das öffentliche Leben der Stadt Hildburghausen.

1. Eine Anhörung mit Fachverbänden und Vertretern von Selbsthilfegruppen ist im Stadtrat oder Kultur- und Sozialausschuss zu organisieren. Mindestens zweijährlich ist ein solcher Erfahrungsaustausch daran anknüpfend zu wiederholen.
2. Auf Anfrage im Kultur- und Sozialamt sind Führungen für Interessengruppen in den behindertenfreundlich gestalteten städtischen Einrichtungen auch weiterhin möglich. Sie sollten nach vorheriger Vereinbarung mindestens einmal jährlich stattfinden.
3. Die finanzielle Absicherung des überarbeiteten und aktualisierten thematischen Stadtführers ist durch die Verwaltung im Haushaltsentwurf 2012 zu ordnen.
4. Bei der jährlich im Frühjahr aufzustellenden Prioritätenliste für Baumaßnahmen lässt sich der Bauausschuss ab sofort vom Grundsatz „Behindertenfreundliche Sanierung von Gehwegen hat Vorrang vor der Sanierung von Verkehrsflächen für den Kfz-Verkehr“ leiten. Unaufschiebbare Notreparaturen (Bauhofmittel) bleiben davon unberührt.
5. Der Bürgermeister nimmt im kommenden Jahr wie vereinbart die Verhandlungen mit dem ÖPNV-Träger Landkreis über die notwendige Einrichtung einer Stadtbushlinie (behindertengerecht) auf.
6. Die Stadtverwaltung informiert in einem Brief die Öffentlichkeit über diese Initiative und bittet insbesondere Vereine und Unternehmen um eine behindertenfreundliche Ausrichtung und mögliche Unterstützung.

mehrheitlich angenommen

Ja: 13 Nein: 4 Enthaltungen: 7

TOP 21

Anfragen und Mitteilungen von Stadträten und Ortsteilbürgermeistern

Stadträtin Dr. Laube richtet ihre Anfrage an die Stadträte Tief und Gutberlet, da sie mit Herrn Klering den engsten Kontakt haben.

Es fragen Bürger an, was mit dem Baum im Bereich Häfenmarkt, der noch nicht saniert ist, wird.

Der Bürgermeister unterbricht Frau Dr. Laube. Wenn sie Fragen hat, sind diese lt. Geschäftsordnung § 9 an den Sitzungsleiter zu richten.

Stadtrat Weichler bemerkt, dass in der letzten StRS der Punkt Anfragen und Mitteilungen von Stadträten gestrichen wurde. Es geht in seiner Frage um die Beschlussvorlage in Pfers-

dorf, zu der von StR Günther und anderen Stadtratsmitgliedern StR G. Hanf vorgeworfen wurde, es war alles besprochen. Wenn jemand zwischen der HA-Sitzung und der StRS sich aufgrund anderer Informationen eine andere Meinung bildet, muss dies akzeptiert werden. Weiterhin spricht er die noch nicht realisierte Schlaglochausbesserung in Ebenhards an, da nun der Winter bevorsteht.

Meinungsverschiedenheiten unter Stadträten und zu anderen Stadträten können durchaus möglich sein, so der Bürgermeister. Diese sind jedoch nicht Gegenstand dieses Tagesordnungspunktes.

Die Fragestunde wurde in der letzten StR-Sitzung nicht durchgeführt, weil zu diesem Punkt die Verabschiedung des 1. Beigeordneten, Herrn Naujoks, erfolgte und der Bürgermeister angefragt hatte, ob aufgrund der Zeitfrage dieser TOP gestrichen werden kann. Daraufhin gab es keinen Widerspruch. Der Bürgermeister hat nichts eigenmächtig gestrichen, er hat gefragt.

Zur Ausbesserung der Schlaglöcher wird der Bürgermeister in der nächsten StRS eine Aussage treffen.

Stadträtin Lange fragt zu den Schlaglöchern in der Schulstraße in Pfersdorf nach, da es hier das gleiche Problem gibt. Sie erkundigt sich, wann dieses Problem gelöst werden kann. Die Schulstraße ist nicht mit einer Schlaglochausbesserung zu sanieren, entgegnet der Bürgermeister. Sie ist nur eine Schotterstraße. Die Stadt beabsichtigt, im kommenden Jahr eine Sanierungsmaßnahme, soweit möglich, durchzuführen. Es wurde Fräsgut von Straßen eingelagert, um im nächsten Jahr z. B. auch in der Schulstraße einen vernünftigen Aufbau vorzunehmen, der relativ preiswert und auch haltbar ist.

Auf die Frage von StR Czapla zur Belastung des Fräsgutes erklärt der Bürgermeister, dass es beim Bau des Parkplatzes am ehem. Sendelbachhaus eine Anzeige gegen die Stadt gab. Die Stadt würde verseuchtes Fräsgut (aus DDR-Zeiten stammend) aufbringen. Dies wurde von der Umweltbehörde an die Stadt herangetragen. Die Stadt hat sich mit dem Baubetrieb in Verbindung gesetzt, der nachgewiesen hat, dass es kein Fräsgut aus DDR-Zeiten ist, sondern aus der Nachwendezeit, das unbedenklich ist.

Der Baubetrieb hätte sich strafbar gemacht, wenn er uns das Fräsgut geliefert hätte.

Stadträtin Löffert beruft sich auf besorgte Bürger vom Stadtteil Wallrabs, die das Thema Fußgängerüberweg in der Marienstraße angesprochen haben. Dieser Überweg war in der Planung, jetzt stehen finanzielle Gründe im Vordergrund, den Überweg nicht zu bauen. Viele Schüler überqueren die breite Straße.

Der Bürgermeister plädiert ebenfalls für den Überweg. Vom Straßenbauamt war zu erfahren, dass das Verkehrsministerium in Erfurt dies ablehnt. Es wird ein Schreiben vom Bürgermeister an die zuständigen Stellen gerichtet, auch mit dem Verweis des Umleitungsverkehrs in Bezug auf die bevorstehenden Baumaßnahmen.

Der Bürgermeister empfiehlt den Wallrabsern, eine Bürgerinitiative zu gründen und sich selbst an das Straßenbauamt Südwestthüringen, Amtsleiter Herrn Kirchner, und an das Thür. Landesamt für Bau und Verkehr zu wenden. Bürgerinitiativen sind in solchen Fällen meist erfolgreich.

Stadtrat Gutberlet möchte dem Stadtförster Herrn Hoffmann für die Führung und Erläuterung der Waldbewirtschaftung danken. Er hofft, dass der Weg beibehalten wird.

Die Feuerwehr hat über die Strukturreform berichtet. Auch trotz kontroverser Diskussionen im Stadtrat ist er der Meinung, dass eine richtige Entscheidung getroffen wurde. Die Stützpunktfeuerwehr in Hibu. hat sich verstärkt und entwickelt.

Im Rechnungsprüfungsausschuss wurde über die Verwendung der Ortschaftsratsgelder von 2007 bis 2010 diskutiert. Er bittet darum, diese Mittel auf den Prüfstand zu bringen, inwieweit wir uns in den nächsten Jahren diese Ausgaben in der Höhe noch leisten können. Es wurden Gelder für Weihnachtsbeleuchtung, Bier, Eintrittsgelder für verschiedene Veranstaltungen, für Miete, Chor usw. ausgegeben. Er will die Gelder nicht streichen, aber eine vernünftige und sinnvolle Verwendung sollte gegeben sein. Wenn die Stadt sparen muss, sind auch in den Ortsteilen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Stadtrat Bumann kommt zurück auf die Marienstraße, wo er sich wundert, dass der Überweg nicht kommen soll. Vom Frühjahr ist ihm eine andere Aussage in Erinnerung. Es gab eine Beratung mit Straßenbauamt, LRA und der Stadt, wo signalisiert wurde, dass die Maßnahme mit unterstützt wird und die Aussicht war positiv.

Zum Bauhof möchte er wissen, inwieweit dieser auf den Winterdienst vorbereitet ist.

Der Bauhof ist auf den Winterdienst vorbereitet, es ist Salz vorhanden, die Technik ist aufgerüstet, kann der Bürgermeister berichten.

Stadtrat Günther verweist darauf, dass die am 08.11.2011 geplante Bauausschuss-Sitzung auf den 15.11.2011 verschoben wird. Grund dafür ist die Schließung der Verwaltung an diesem Tag.

Treffpunkt ist am 15.11.2011 um 17.00 Uhr am Objekt Knappengasse 18.

Der Bürgermeister informiert in diesem Zusammenhang, dass die am 29.11.2001 vorgesehene Sitzung des Stadtrates auf den 01.12.2011 verlegt wird.

Ebenfalls wird die für den 1.12.2011 vorgesehene Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses verschoben.

Ortsteilbürgermeister von Pfersdorf, Herr Geißenhöner, kommt auf die Straßen in Pfersdorf zurück. Er schlägt vor, die Reihenfolge im Straßenbau in Pfersdorf zu ändern. Seiner Meinung nach hat die Straße Am Mittelweg Vorrang. Er bittet darum, vor Einbruch des Winters die Schlaglöcher und Rinnen auszubessern, die mitunter eine Tiefe von 10 cm haben. Zur angesprochenen Kürzung der Ortschaftsratsgelder äußert er, dass es in Pfersdorf 7 Vereine gibt. Diese Gelder werden an die Vereine weitergegeben, die das dörfliche Zusammenleben mit ihren Veranstaltungen fördern, das Brauchtum pflegen und sorgen letztlich mit dafür, dass sich auch junge Leute hier wohl fühlen. In diesem Jahr wurden 4 Bauanträge gestellt. In Pfersdorf wird kein Geld verschwendet. Wenn die Gelder weggenommen werden, gehen die Bürger auf die Barrikaden.

Der Bürgermeister betont, dass das Thema Ortsteil-Gelder vom Vors. des Rechnungsprüfungsausschusses in Auswertung einer Ausschuss-Sitzung angesprochen wurde. Über den Haushalt der Stadt entscheidet letztendlich der Stadtrat. Es ist auch ein Beweis dafür, wie gut sich die Stadt um ihre Ortsteile kümmert.

Die schlechten Straßenzustände hat mit der Nichtförderung der damaligen Abwasserkanäle zu tun. Soweit das Fräsgut reicht, wird auch die Schulstraße mit Berücksichtigung finden. Dies wäre auch ein Beitrag zur 1200-Jahrfeier 2012 in Pfersdorf, dass die Straßen vernünftig begehbar gemacht werden.

Stadtrat Weichler verweist auf die Festlegung in der ThürKO zu den Ortsteilen, wo eindeutig die finanzielle Ausstattung der Ortschaftsräte geregelt ist. Die Mittel dienen zur Erhaltung des dörflichen Charakters.

Der Bürgermeister unterbricht die Rede von Stadtrat Weichler, der ein Statement zu einer Aussage des Ausschuss-Vorsitzenden darlegt. Wenn man die Arbeit des Ausschusses debattieren will, kann man als Fraktion einen Antrag auf Behandlung eines Tagesordnungspunktes bei einer Sitzung stellen. Der Punkt Anfragen und Mitteilungen ist für Anfragen von Stadträten in die Tagesordnung aufgenommen und nicht für Statements zu vorherigen Mitteilungen.

Stadtrat Wiener hat eine Frage zur Personaläußerung in der Presse. Es geht um den Hausmeister des Feuerwehrgerätehauses, der sich freiwillig dazu bereit erklärt hat, einen halben Tag in der Stadtverwaltung die Politessen zu unterstützen. Wer macht die Arbeit, die er in den letzten Jahren geleistet hat. Gehen diese Arbeiten auf die freiwilligen Feuerwehrleute zurück. Wie wirkt sich dies finanziell aus?

Der Bürgermeister erläutert, dass aufgrund der Umstrukturierung im Hause auch der Personalrat informiert wurde. Im Personalrat hat er geäußert, dass er auch andere Aufgaben übernehmen würde. Im Ordnungsamt wurde eine halbe Planstelle abgebaut, die in die Kämmerei umgesetzt wurde. Diese Kollegin war noch 4 Stunden als Politesse eingesetzt. Wenn eine Politesse wegfällt, bedeutet dies auch Einnahmeverluste für die Stadt. Daraufhin wurde entschieden, dass Herr Heins zukünftig nach Absolvierung seines Lehrganges halbtags mit der Politesse unterwegs ist.

Mit der Feuerwehrleitung wurde darüber gesprochen. Die Arbeiten, die er im Rahmen seiner Arbeitszeit nicht mehr erledigen kann, sind über den ehrenamtlichen Bereich zu erledigen. Es kann in den nächsten Jahren so weit gehen, dass die hauptamtliche Hausmeisterstelle komplett gestrichen wird.

Die finanzielle Auswirkung besteht darin, dass der Einnahmeausfall für die weggefallene Politesse verhindert wird.

Stadtrat Czapla fragt nach, wann der Entwurf des HH-Planes 2012 in den Fraktionen beraten wird.

Der Bürgermeister informiert, dass der HH-Planentwurf in der StRS am 01.12.2011 vorgelegt wird. Zuvor wird dieser mit den Fraktions-Vorsitzenden beraten. Dazu wird eine Liste mit weiteren möglichen Sparmaßnahmen vorgelegt.

Hildburghausen, den 17.11.2011

Steffen Harzer
Bürgermeister

Karin Haschlar
Schriftführer